

ATOMTRANSPORTE

# „Wat 'n Aufwand“

Im Kampf um die Castoren in Ahaus überrumpelte die Polizei die vorwiegend jugendlichen Demonstranten. Erfahrungen aus den USA könnten den Atommülltourismus womöglich beenden: Dort stehen Castoren bei den Kraftwerken im Freien.

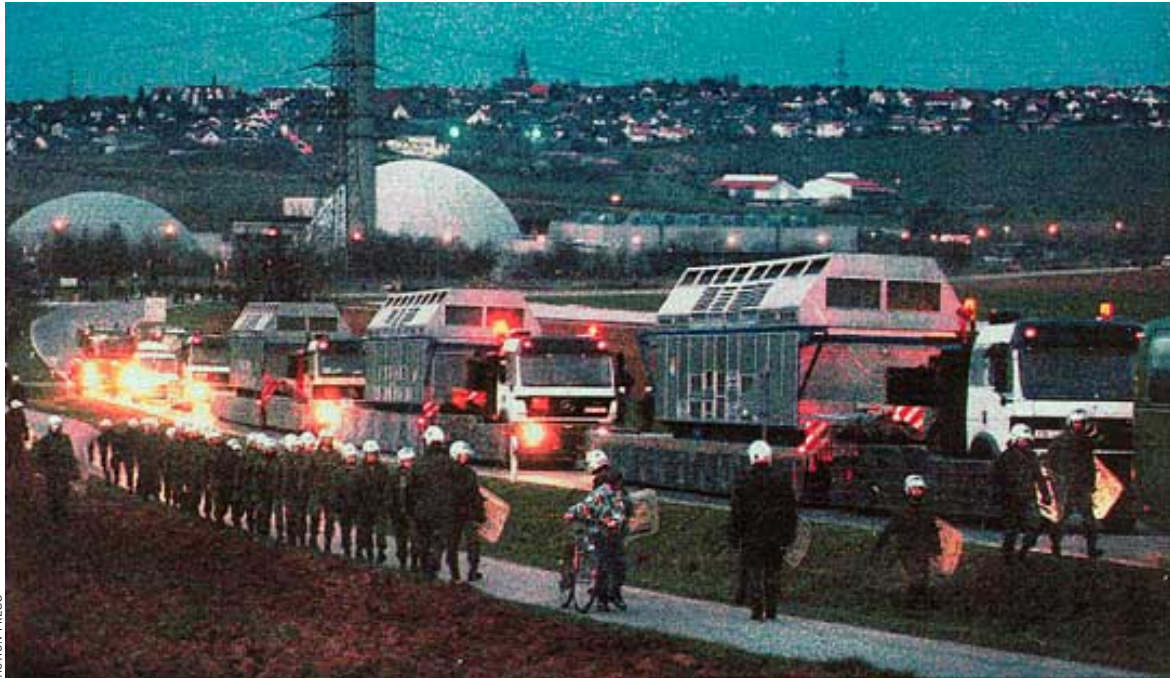
**D**er Rentner Gottfried Lütkebohmert hat es kommen sehen. „Jetzt müssen wir höllisch aufpassen“, hat er gerade seinem Nachbarn zugeraunt, da steht er auch schon mitten im Chaos. 13 Polizeihubschrauber über seinem Kopf, um ihn herum angriffslustige Piraten mit St.-Pauli-Pulli und Totenkopffahne, Pazifisten mit Gandhi-Plakat und Ökos im Schlabberlook und Regenponcho.

„Wir haben euch was mitgebracht: Haß, Haß, Haß“, verkünden nervöse Autonome, dann schlägt der erste Stein auf einen Polizistenhelm, Leuchtraketen zischen durch die Luft, Wasserwerfer spritzen das letzte Häuflein der Anti-Atomkraft-Aufrechten in die Flucht.

„Wat 'n Aufwand“, findet der Rentner, gleichermaßen verwirrt wie fasziniert vom Spektakel, das am vergangenen Freitag im westfälischen Städtchen Ahaus aufgeführt wurde. Dann schaut er staunend einer Abteilung kampfgeprobter Berliner Großstadtpolizisten hinterher, die im Laufschrift eine vom Wasser geschlagene Bresche besetzt.

Um 20.42 Uhr schließlich rollt der Castor-Zug durch das Tor des Zwischenlagers. Es ist der mit Sicherheit längste und mit großer Wahrscheinlichkeit einer der teuersten in der deutschen Atomgeschichte (die ersten Schätzungen belaufen sich auf mindestens 100 Millionen Mark).

Mit dem Eintreffen der sechs Castoren in Ahaus geht ein Stellungskrieg zu Ende, den angeblich niemand wollte: nicht die Politiker in Nordrhein-Westfalen, wie der Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD), der die Atommüllfahrt für eine „Provokation“ hält, nicht die Ordnungshüter – angefangen vom grünen Polizeipräsidenten in Münster, Hubert Wimber, der zwar seinen Job machen wollte („Ich Sorge dafür, daß der Castor sicher ankommt“), dies jedoch gegen seine persönlichen Überzeugungen tat, bis zum Hundertschaftsführer Franz Krüger, 48, aus Recklinghausen, der sich am Einsatzort als „mieser Bulle“ be-



**Lkw mit Castoren in Neckarwestheim:** Technische Atomspione sollen künftig den Widerstand mobilisieren

schimpfen lassen mußte. „Wir sind doch auch gegen die Atomindustrie.“

Als Bilanz gezogen wird, noch in der Nacht, steht der Sieger fest: die Polizei. 30 000 Beamte haben 10 000 Demonstranten, davon 3500 in Ahaus, ohne Mühe in Schach gehalten, weil der Zug einfach sechs Tage früher losgefahren war als vorgesehen. Das erdrückende Aufgebot konnte Gleise und gerichtlich genehmigte Sicherheitskorridore problemlos freihalten. Ein BGS-Beamter starb während der Gleissicherung bei Würzburg, ohne daß AKW-Gegner in der Nähe waren – er hatte einen Autoreisezug überhört.

Knapp 400 Demonstranten wurden in Ahaus vorläufig festgesetzt, nur 13 wegen Straftaten in Gewahrsam genommen, 12 Demonstranten erlitten Verletzungen.

Doch ob der Sieg im Hase-und-Igel-Wettlauf um den Castor wirklich zur Befriedung beiträgt, steht noch dahin. Als Politiker und Polizisten vor Fernsehkameras ihre Genugtuung zeigten, wurde die Schlacht um Ahaus noch einmal härter: Die Demonstranten, die eben noch frustriert dem Castor hinterhergeblieben hatten, schlugen mit leeren Bierflaschen ein – vorerst – letztes Gefecht.

Und der Zufall wollte es, daß in den Stunden, in denen die Demonstranten von Ahaus den ungleichen Kampf verloren, bei einem Strahlenkongreß in Münster die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz aus Koblenz ein Frühwarnsystem vorstellte, das Polizeitricks wie im Fall Ahaus obsolet machen soll: Ein Detektor mißt die auf der Bahnstrecke transportierte Strahlenfracht. Verbunden mit einem Zentralrechner alarmiert der Atomspion dann automatisch und republikweit die Widerständler per Fax. Drei solcher Spione, glaubt Robert Burg, 41, Initiator des verdeckten Überwachungssystems, reichen aus, um „sofortiges Handeln“ sicherzustellen.

Die ganze Absurdität des Atomgeschäfts spiegelte sich vor allem in den Gesichtern der Bürger des katholischen 35 000-Einwohner-Städtchens an der holländischen Grenze, die sich jetzt mit überwältigender Mehrheit gegen die Lagerung von Atomschrott in ihrer Gemeinde wehren.

Dabei haben sie sich einst ihre Angst für viel Geld abkaufen lassen: 49 Millionen Mark zahlten die Betreiber des Brennelemente-Zwischenlagers für eine frühere Inbetriebnahme als vorgesehen. Und als es

1993 darum ging, den Bau einer weiteren Halle zu genehmigen, um das Nukleardepot von 1500 auf 4200 Tonnen zu erweitern, forderte Stadtdirektor Heinz-Robert Jünemann (CDU) einen hohen Preis für das politisch brisante Projekt: Für 160 Millionen Mark „Strukturhilfe“ in 20 Jahresraten gab der Stadtrat seine Zustimmung. „Judaslohn“, wettete die Anti-Atom-Front.

Gegen das Geld hat fast niemand hier etwas einzuwenden in der strukturschwachen Region. Doch mit der strahlen-

shingtoner Nuclear Information Resources Service.

So stehen beim Atomkraftwerk Surry im Bundesstaat Virginia bereits 26 Castoren made in Germany als „dry storage“ für US-Nuklearabfälle. Die meterhohen Untertüme auf einer Betonplatte sind lediglich durch eine Blechabdeckung gegen Regen gesichert. Wenn es schneit, schmilzt der Schnee auf den durch die innere Zerfallswärme der radioaktiven Stoffe erhitzten Oberfläche der Behälter. Ein Kabelan-

„Wir lernen hier Basisdemokratie“, glaubt Andreas Speck, 33, Mitarbeiter der archo-libertären Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ und Mitstreiter der Initiative „X-tausendmal-quer“. Er hatte im Vorfeld Klothäuser und Verpflegungsstationen organisiert. Nun versucht er als aktives Mitglied des „SprecherInnenrats“, Ordnung in die Grüppchen zu bringen, was nicht gerade einfach ist. Während sich Frierende ums Lagerfeuer scharen, kreist dort allen Anweisungen zum Trotz die eine oder andere Lambrusco-Flasche.

Während der Castor rollt, tagt der „SprecherInnenrat“ vom Lager X 4 schon fünf Stunden und kommt erst morgens um 4.30 Uhr zum Entschluß, in aller Frühe „in Kleingruppen in die Stadt zu strömen, um ein Gleis zu besetzen“.

Das scheitert kläglich, und einer wie Till, 19, aus Duisburg, schaut spöttisch rüber zur Frauengruppe, die „We shall overcome“ anstimmt. Er will gern die „Kette durchbrechen“, statt dessen hat sich der „SprecherInnenrat“ zusammengefunden und beschließt gar nichts.

„Durchbrechen, Schranken runter, Gitter durchziehen und halten“, hieß die klare Anweisung von Polizeioberst Thomas Sanders, 41, einem demoerprobten Deeskalationsspezialisten, der sonst die Polizeiinspektion Mitte in Bonn leitet. Wenig später war der besetzte Bahnübergang Schorlemerstraße geräumt.

„Wir hätten auch schlagen können“, erklärt Abschnittsleiter Sanders, „wollen aber keine verbrannte Erde hinterlassen, die Kollegen von hier müssen ja noch mit den Ahausern leben.“

Sogar die Toten Hosen, mit Songs wie „Zehn kleine Jägermeister“ Idole der meist jugendlichen Demonstranten, kamen nicht wie geplant auf die Gleise, wo sie ursprünglich ein Konzert geben wollten. Hundert Meter vorher wurden sie gestoppt – ganz wie Anarchos hatten die Polizisten die Scheibe eingeschlagen und die Reifen aufgeschlitzt, um sie an der Weiterfahrt zu hindern.

Das Live-Happening auf der Ladefläche des Lkw endete mit dem Lied „Armee der Verlierer“ – „gewidmet den grünen Jungs hier“, wie Sänger Campino spottete.

Das sieht der verantwortliche Polizeipräsident Wimbert ganz anders. Als alles vorbei war, zeigte er sich erschöpft, aber glücklich: Er fühle, sagte der Grüne, politisch ganz korrekt, „keinen Triumph“, sondern große „Erleichterung“.



Polizeieinsatz, Demonstranten am Lagerfeuer: „Sexistisches Gerede wird nicht geduldet“

den Fracht will keiner etwas zu schaffen haben.

In fast jedem der penibel gestutzten Vorgärten mahnen zwei gekreuzte, gelbe Sperrholzplanken an die Gefahren am Tag X. Die angesehensten Bürger der Stadt – Lehrer, Pfarrer, Geschäftsleute – demonstrieren in vorderster Front. Mitunter muten die Redner wie Wanderprediger an und ihr Gefolge wie eine Gemeinde, die sich in ihrer Zukunftsangst an sich selbst und ihren Glauben klammert.

Diese Demonstranten hat Innenminister Kniola im Blick, wenn er für die Zeit nach der Bundestagswahl „eine Neubewertung“ der Transporte ankündigt. Was dabei am Ende stehen soll, ist schon jetzt klar: Die unionsregierten Länder Bayern und Baden-Württemberg, woher die Castoren kamen, sollen den strahlenden Müll im eigenen Land zwischenslagern.

Das, so hieß es bisher bei der Stromlobby, sei nicht machbar, es fehle an den Hallen. Doch eine mögliche rot-grüne Bundesregierung erhält unerwartet aus den USA Argumentationshilfe. „Bei uns bleiben die Dinger, wo sie hingehören – in den Kernkraftwerken“, erklärte am vergangenen Freitag Mike Mariotte vom Wa-

schluß in der Erde meldet jede Undichtigkeit der inneren Gasfüllung.

„Castoren sind so etwas wie eine Blackbox im Flugzeug“, sagt der amerikanische Nuklearexperte David Lochbaum. Der Hersteller, die Essener Gesellschaft für Nuklearservice, garantiert Stabilität und Dichte sogar bei Tornados, Erdbeben und Flugzeugabstürzen. Die US-Behörden genehmigten daraufhin die Open-Air-Lagerung der deutschen Castoren für 20 Jahre.

Acht Jahre, glaubt Bundesumweltministerin Merkel, werde ein ähnlicher Beschluß in Deutschland durch alle Instanzen brauchen – da müssen auch jene nicht verzagen, die den Atomprotest als eine Mischung aus Love-Parade und Umwelt-Rave verstehen und die Camps der Aktivisten zu Wallfahrtsorten der Kleinstadtjugend machten.

Nach ein paar Stunden hatte jeder, der Azubi Nico Robert, 18, vom nahen Golfhotel ebenso wie die sechsköpfige Gruppe aus dem Duisburger Clauberg-Gymnasium, jede Menge Verhaltensregeln wie „Sexistisches Gerede oder Verhalten wird nicht geduldet“ in der Tasche; Alkohol ist verboten, und Hunde sind an der Leine zu führen.